Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Nr. 839.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 29. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 28. November. Der König hat den bei dem Ober-Landeskulturgericht als Hilfsarbeiter beschäftigten Regierungsrath Wulsten aus Kassel zum Ober-Landeskulturgerichtsrath und Mitglied des gedachten Kollegiums, die Regierungs-Assessoren Goldschmidt in Königsberg, Schommer in Koblenz, Davidson in Bromberg, Fink in Danzig und von Könen in Breslau zu Regierungsräthen, und den Regierungs-Assessor Schreiber zum Landrath ernannt, sowie dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. med. Gortzitza zu Strelno im Kreise Inowrazlaw den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der König hat dem Konsistorial-Präsidenten Ballhorn in Königsberg O.-Pr. den Rang der Räthe II. Klasse verliehen, und den bisherigen gothaischen Superintendenten, jetzigen Oberpfarrer Trümpelmann in Torgau zum Superintendenten der Diözese Torgau, Regierungsbezirk Merseburg, ernannt.

Dem Oberlehrer Dr. Heinrich Rottok am Gymnasium zu Rendsburg ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Schwarzlose an der Realschule zu Görlitz zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Dem Landrath Schreiber ist das Landrathsamt im Kreise Hadersleben übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung.

Berlin, 28. November. 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Bötticher, Bitter, Scholz, v. Mittnacht u. A.

Der Präsident theilt den Eingang einer Denkschrift betr. die Ausführung der Münzgesetzgebung und das bereits bekannte Resultat der Fachkommissionswahlen mit.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Abg. Hänel: Die Vorlage verlangt von uns nur die Ermächtigung 40 Millionen auszugeben dafür, daß Hamburg in den Zollverein mit einem gewissen Theile seines Gebietes eingeschlossen werde. Es ist also vorausgesetzt, daß der Anschluß in verfassungsmäßiger Weise ohne unsere Mitwirkung stattfinden könne. Es ist aber eine Zweifelsfrage, ob er ohne Mitwirkung der Gesetzgebung erfolgen kann. Ich bin der Ansicht, daß der Eintritt Hamburgs und von Bremens in das Zollvereins-Gebiet in der Verfassung bereits vorgesehen ist. Nach dieser Auffassung rechtfertigt sich allerdings der Gesetzentwurf, wie er hier vorliegt. Er unterbreitet nur gewisse Modalitäten des Eintritts unserer Genehmigung und betrachtet den Eintritt selbst als eine Ausführungsmaßregel, welche unserer Mitwirkung nicht bedarf. Es handelt sich also um die rein technischen Fragen, ob die Modalitäten, welche der gesetzgeberischen Mitwirkung bedürfen, auch wirklich in diesem Gesetzentwurf überall vorgesehen sind, und ob das uns angesonnene Opfer an Nationalvermögen im Verhältniß steht zu dem ideellen und materiellen Vortheile des Eintrittes Hamburgs in das deutsche Zollgebiet. Die Vorlage an sich ist kein Gegenstand der Parteipolitik, sie kann von den verschiedensten Standpunkten der Partei aus wegen differirender technischer Erwägungen angenommen oder verworfen werden. Vor Allem sind jetzt jene unangenehmen Fragen, die uns früher beschäftigt haben, beseitigt. Nicht nur um diese 40 Millionen handelt es sich hier. Aus dieser Forderung folgt konsequent der analoge Beitrag für Bremens Anschluß, die Unterstützung anderer schwer berührter Plätze, wie Altona's, mag das im Reichstag oder im preußischen Landtag geschehen, und schließlich hat Hamburg selbst nicht blos 40, sondern wahrscheinlich 60 bis 80 Millionen aufzuwenden. Werden diese Opfer durch materielle und ideelle Vortheile ausgeglichen. Aus den Verhandlungen des Senats mit der Bürgerschaft geht hervor, daß nach ihrer Ansicht im Interesse Hamburgs wie Deutschlands das Freihafengebiet in der bisherigen Weise erhalten bleiben müßte und wenn sie einer anderen Gestaltung zustimme, so geschieht das lediglich unter dem Druck, den man auf sie ausübt (Sehr wahr! links). Aber vermuthlich haben sie die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission vorausgesehen und wollen ihr ein so massenhaftes Material liefern, daß es im Rahmen der Motive nicht Platz finden konnte. (Heiterkeit.) Auf Grund der vorliegenden Motive solche Opfer zu bringen, das wäre die einfache Gewissenlosigkeit. (Sehr wahr!) Ein Satz in den Motiven sagt: „Indem dem berechtigten Anspruch des Zollinlandes auf freien Verkehr in sich und mit seinem hervorragendsten Seehandelsplatze Erfüllung gesichert wird, gelangen die beengenden Schranken zur Beseitigung, welche dem Verkehr des Zollinlandes mit den überseeischen Ländern dermalen entgegenstehen, und es gewinnt das Reich damit eine wesentlich erweiterte Grundlage zur Entfaltung seiner Kräfte auf vielen und bedeutsamen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens.“ An welche Schranken hat man gedacht? Bis jetzt traf der Exportverkehr die Zollgrenze um Hamburg, jetzt an der Elbe. Die Importartikel wurden bisher im Hamburger Hauptzollamte behandelt, nur beim Engrosverkehr geschah die schließliche Zollabfertigung in den Revisionszollämtern. In Zukunft wird das ganz ebenso sein, nur wird aus dem Hautzollamt ein Hamburger Zollamt werden. Die Motive fahren fort: „Die Thatsache, daß trotz des Bestehns der gegenwärtigen Zolllinie 1877 bis 1879 eine Waarenmenge von durchschnittlich jährlich etwa 17,600,000 Doppelzentnern aus dem freien Verkehr des Zollinlandes nach Hamburg und von dort in wesentlich unvermindertem Umfange weiter ausgeführt ist, gewährt ein Bild von der Bedeutung Hamburgs für den Export Deutschlands. Ja gewiß; aber diese Zahl gerade von den Vertheidigern des Freihafens fortwährend zum Beweise vorgeführt, daß diese Freihafenstellung den Exportinteressen Deutschlands nicht schadet. (Zustimmung links.) Freilich wird hinzugefügt, daß die Einfügung Hamburgs in den wirthschaftlichen Organismus des Reichs diese Bedeutung noch erheblich steigern werde, könne nicht zweifelhaft sein. (Heiterkeit links.) Wird denn Hamburg mit diesem Gesetze eingefügt in den wirthschaftlichen Organismus unseres Reichs? Durchaus nicht. Hamburg behält sein Freihafengebiet, wenn auch in beschränktem Umfange, und deshalb können auch alle diejenigen Gründe, welche bisher gegen die Freihafenstellung Hamburgs angeführt wurden, niemals als Gründe für diese Vorlage angeführt werden. Denn alle diejenigen etwaigen Nachtheile, welche aus der Freihafenstellung Hamburgs für unsere inländische Industrie hervorgingen, bleiben, alle diejenigen Vortheile, welche man sich von der Beseitigung dieser Freihafenstellung Hamburgs versprach, werden nicht erfüllt. Der Hauptgrund der Feindschaft gegen diese Freihafenstellung war die angebliche Bevorzugung der englischen Produkte auf Kosten unserer inländischen Produktionen. Um diese zu beseitigen, müsse man Hamburg in die Zolllinie hineinziehen und es zwingen in seinem Großhandel auf unsere Produkte Rücksicht zu nehmen. Ja, meine Herren! wird dieser Grund denn jetzt beseitigt, wird irgend welcher Zwang ausgeübt, um diese unsere eigene Produktion mehr zu bevorzugen als bisher? Weil dieser Hauptgrund gegen die Freihafenstellung nicht beseitigt ist, so werden auch alle Klagen gegen die Freihafenstellung von Hamburg nicht erledigt. Ich erinnere an die Beschwerden unserer Spiritusfabrikanten. Welche energische Reden haben wir gegen die Verarbeitung des billigen russischen Spiritus in Hamburg hier gehört! Daran wird aber nichts geändert. Nicht nur soll diese Spiritusfabrikation im Hamburger Freihafengebiet fortdauern können, sondern bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird durch ein besonderes Privileg Hamburg in den Stand gesetzt, auch innerhalb des Zollgebietes die bisherige Spiritusbehandlung weiter fortzuführen. Weiter haben die Wollmanufakturen behauptet, sie können wegen der Freihafenstellung Hamburgs daselbst keine Lager einrichten, ohne auf englische Konkurrenz zu treffen. Aber Lager ohne die Konkurrenz englischer Waaren werden sie auch nach diesem Vertrage nicht haben können. Diese Beschwerden werden auf keinen Fall durch die Festsetzung dieser Uebereinkunft getroffen. Bei alle dem verkenne ich indessen nicht, daß gewisse Vortheile für unsere Handels- und Gewerbebeziehungen allerdings vorhanden sind; in erster Linie, daß circa 400,000 Menschen dem Gebiet des deutschen Konsums einverleibt werden, wenngleich dieser Vortheil mannichfach überschätzt wird. Sodann erfährt auch der Transitverkehr vom Inland ins Inland via Hamburg gewisse Erleichterungen. Diesen Vortheilen stehen aber andererseits Nachtheile gegenüber. Man meinte bisher vielfach, als ob Hamburg sein Freihafengebiet als eine freie, unvergoltene Wohlthat besitze. Das ist keineswegs der Fall. Die Freihafenstellung Hamburgs fordert von demselben Hamburg auch nicht unbedeutende Opfer. Die Fabrikation, der Gewerbebetrieb, der Detailhandel Hamburgs waren auf sehr enge Schranken reduzirt, trafen sofort die umgebenden Zollgrenzen und waren dadurch unterbunden. Die Folge war, daß gerade außerhalb der Zolllinie Hamburgs, in Hannover, Mecklenburg und Holstein, gleichsam dem natürlichen Versorgungsgebiet Hamburgs, sich kleinere Industrie-, Gewerbe- und Handelszentren bildeten, für die — ich denke hierbei auch an Kiel — durch den Anschluß ein schwerer Nachtheil entsteht (Sehr richtig, links). Dieselben werden hinfort die Konkurrenz des Kapitals, des ausgebildeten Unternehmungsgeistes von Hamburg schwer zu tragen haben. Ich begreife, wie man, um eine volle Einigung unseres Zoll- und Handelsgebiets zu gewinnen, sich zu großen Opfern entschließen kann. Ich billige es auch vollkommen, daß die Verständigung mit Hamburg nicht in der Form eines wirklichen Staatsvertrages stattgefunden hat. Ich halte es für unzuläßig, daß das Reich mit seinen Gliedern über Gegenstände in ein Vertragsverhältniß tritt, welche der Kompetenz der legislativen und administrativen Faktoren des Reiches unterliegen. Ein solcher Vertrag würde nicht nur dem Geiste der Verfassung widersprechen, sondern auch ein politischer Fehler sein. Diesem Vertrage liegt als Voraussetzung zu Grunde, daß die Elbgrenze in die Unterelbe verlegt werde. Da kommen wir auf eine alte Streitfrage: Kann dies einseitig von den Bundesregierungen ausgehen, oder bedarf es hierzu eines Gesetzes? Sie wissen aus der Vorgeschichte dieser Streitfrage, daß der Reichstag zu positiver Entscheidung einst gekommen ist, daß aber die Vorgänge besonders bei der Elbschifffahrtsakte dafür sprechen, daß die bisherige Majorität des Reichstages die Rechtsauffassung hatte, daß es zur Verlegung der Elbzollgrenze eines Gesetzes bedarf. Auf der linken Seite dieses Hauses ist diese Auffassung stets die richtige gewesen. Herr Delbrück hat dieselbe in sachgemäßen Deduktionen verfochten, und auch das Zentrum hat sich dieser Meinung angeschlossen; wenigstens hat Herr Windthorst sowohl im Abgeordnetenhause als im Reichstage hervorgehoben, daß ein Gesetz zur Verlegung der Elbgrenze erforderlich ist. Geradezu unwürdig wäre es, wenn wir eine derartige Streitfrage mit Stillschweigen umgehen. Es ist möglich, daß überwiegende Rechtsgründe für diejenigen sprechen, welche eine derartige Mitwirkung des Reichstags für nicht angezeigt halten. Sprechen die überwiegenden Gründe für die bisherige Ansicht, so muß diese Ansicht zur Geltung gebracht werden. Aber nicht nur diese Hauptfragen kommen in Betracht, es sind noch andere Fragen, die es zweifelhaft lassen, ob eine gesetzgeberische Mitwirkung von unserer Seite gefordert werden muß. Dahin gehört die Bestimmung der Verständigung, wonach in dem neuen Freihafengebiet keine neue Wohnung aufgeschlagen und kein Detailhandel getrieben werden darf. Der hamburger Senat hat erklärt, daß es hiezu eines — aber nur hamburger — Gesetzes bedürfe. Allein derartige Maßregeln können nicht durch Partikulargesetze gemacht werden, dazu ist ausschließlich die Reichsgesetzgebung kompetent. Außerdem giebt es noch mehrere Bestimmungen, die unsere Mitwirkung bedürfen. So die unentgeltliche Ueberlassung des Immobiliareigenthums, was bisher im Besitz des Hauptzollamts war, ferner soll die Nachsteuer an Hamburg übergehen. Ich werfe diese Fragen nur auf, um zu zeigen, daß auch die größten Freunde dieses Entwurfs ein Interesse daran haben, Hamburg wirklich nach allen Seiten in seinen neuen Positionen sicherzustellen. (Zustimmung rechts.) Dieser sachliche Standpunkt ist es, mit dem wir an die fernere Prüfung dieser Angelegenheit, die, wie ich denke, durch eine Kommission erfolgen wird, herantreten werden. (Beifall links.)

Abg. v. Minnigerode: Der Vorredner hat das Recht des Bundesraths, Veränderungen innerhalb der Zollgrenze herbeizuführen, mindestens bestritten. Die historische Entwickelung und Präzedenzfälle sprechen gegen ihn. Abgesehen von Lübeck, dessen Anschluß vor dem Bestand der Reichsverfassung stattfand, ist auf den Anschluß kleinerer Gebietstheile an der Weser durch Beschluß des Bundesraths zu verweisen und auf die Verlegung der Zollgrenze auf der Elbe oberhalb Hamburgs, da nun jetzt ein neues Staatsrecht zu konstruiren ist, bedenklich. Die Hauptsache ist, daß Hamburg durch diesen Vertrag seine Freihafenstellung behält, sie aber mit dem Interesse der großen Zollgemeinschaft ausgleicht. Ich verkenne die Bedeutung des Welthandels nicht und will Alles vermeiden, was einer Fesselung desselben ähnlich sieht. Der Vorredner hat häufig vom Hamburger Standpunkte gesprochen; ich glaube, die Hamburger brauchen zur Wahrung ihrer Rechte gewiß keiner Vormundschaft. Auch ich wünsche für andere Seehäfen, namentlich für die der Ostsee, Erleichterungen, und habe mich demgemäß auch bei dem Zolltarif bemüht, leider ohne Erfolg. Wir können aber Hamburg in keiner Weise mit anderen Seestädten außer Bremen in Parallele stellen, denn Hamburg ist ein selbständig kontrahirendes Machtgebiet, und die Konzessionen, die man Hamburg machen mußte, können nach meiner Auffassung logisch, sachlich und moralisch nie ein Grund sein, dieselben Erleichterungen auch für die Ostseehäfen eintreten zu lassen. Ich halte es daher auch für falsch, bei dieser Gelegenheit die anderweitig berechtigten Interessen in einen engen Zusammenhang mit den hier zu verhandelnden zu bringen. — Unsere Aufgabe liegt jetzt in der Geldbewilligung, und ich bin für eine eingehende kommissarische Berathung, denn ich glaube, daß mit der Bewilligung der 40 Millionen implicite auch die Bewilligung der beiden Anlagen des Gesetzentwurfs eintreten würde. Die Motive für die Bewilligung der 40 Millionen genügen mir und meinen Freunden zur Zeit durchaus nicht. Wir nehmen an, daß in der Zwischenzeit eine größere Spezialisirung der aufzuwendenden Kosten erfolgen wird; ohne detaillirte finanzielle Anschläge würde ich eine derartige summarische Bewilligung nicht für möglich halten. Ich bin auch dem Hause und mir schuldig, auf Vorgänge zurückzukommen, die sich erst vor einigen Tagen hier abgespielt haben. (Hört! Hört! Lachen links.) Ich will nur zeigen, wie stolz die Fortschrittspartei nach außen auftritt und welche Erfolge sie thatsächlich erzielt. Ich kann dem Herrn Abg. Richter die Antwort jetzt geben, die ich ihm, wie er in einer Versammlung behauptet hat, neulich schuldig geblieben bin. Weiß er denn nicht, daß nur die Ablehnung des Vertagungsantrages dieses Verhältniß herbeigeführt hat. (Lachen links. Rufe: Hamburg.) In der hamburger Frage war die Fortschrittspartei nicht glücklich. Der Antrag Richter und Karsten vom 20. Mai 1881, der uns zum Schutze Hamburgs gegen den Bundesrath engagiren sollte, wurde vor der Abstimmung zurückgezogen und als ich ihn wieder aufnahm, wurde er einstimmig abgelehnt, und während wir den Antrag debattirten, war bereits der Vertrag zwischen dem Reichskanzler und Hamburg abgeschlossen; die Fortschrittspartei war ein Vertheidiger ohne Klienten. (Heiterkeit.) Es ist ja sehr schön, unwidersprochen Reden zu halten, aber auf dem Boden der Thatsachen haben die Herren Fiasko gemacht; die Volksmänner hatten kein Volk hinter sich. Auch bei den Wahlen in Hamburg hat der Fortschritt trotz der persönlichen Bemühungen des Herrn Richter Fiasko gemacht, denn es ist trotz eines Fortschrittlers ein Sozialdemokrat gewählt worden. (Rufe links: Breslau!) Wir freuen uns über das Fiasko der Fortschrittspartei in dieser ganzen Angelegenheit. Wir stimmen also für eine Kommission von 21 Mitgliedern und geben uns der Hoffnung hin, daß die Vorlage den Boden einer Verständigung bieten wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Barth (Gotha): Ich kann mein Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß die uns gedruckt vorgelegten Motive, deren Mangelhaftigkeit auch von der anderen Seite des Hauses nicht bestritten wird, durch Ausführungen seitens der Herren Regierungsvertreter nicht ergänzt sind. Eine derartige Ergänzung erblicke ich nicht in den Ausführungen des Herrn von Minnigerode. Wenn behauptet wird, daß die Freihafenstellung die Hansestädte veranlaßt habe, sich vorzugsweise auf die Kultivirung internationaler Beziehungen zu werfen, so könnte sich gerade die deutsche Exportindustrie dazu nur beglückwünschen. Denn die Gründung einer kaufmännischen Filiale jenseits des Ozeans ist für sie jedenfalls wichtiger, als die Errichtung einer konkurrirenden Fabrik im Inlande. (Sehr richtig!) Die wirklich exportirenden Industriellen machen den Freihafen aus ihrer Freihafenstellung aber auch gar keine Vorwürfe, sondern nur Diejenigen, welche gern exportiren möchten, ohne recht dazu qualifizirt zu sein. Rein sachliche Motive für den Zollanschluß werden sich überhaupt nicht viel finden lassen. Was dagegen in meinen Augen für die Beurtheilung der Sachlage wesentlich in Betracht zu ziehen, ist der Umstand, daß endlich einmal die Freihafenfrage gründlich zum Austrag gebracht werden muß.

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Finanzminister Bitter: Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf, wie der Abg. Hänel anerkannt hat, um eine Ausführungsmaßregel der Reichsgesetzgebung, speziell des Art. 34. Nun liegt die Sache so, daß, wenn die Hansestädte ihren Einschluß in die Zollgrenze nicht verlangen, Hamburg Freihafengebiet bleibt. Die ganze Frage konzentrirt sich darauf, ob durch den Antrag Hamburgs, denn der Antrag Hamburgs liegt vor, die Rechtsverhältnisse so gestaltet werden, daß der § 33 in Bezug auf Hamburg in seine Geltung tritt. Wir meinen, daß das letztere der Fall ist und daß es nicht nothwendig sei, hier ein Gesetz über den Eintritt von Hamburg vorzulegen, weil es sich hier nur um eine Verschiebung des Freihafengebiets handelt, nicht um eine Aenderung der Verfassung. Eine gesetzliche Regelung ist um so weniger nöthig, als der Hamburger Senat im Wege der Expropriation alles das erreichen wird, was für die Zollverhältnisse von Nothwendigkeit ist. Von den beiden Herren Vorrednern wurde auf die Nothwendigkeit hingewiesen, auch für Bremen einen Vertrag vorzulegen. Die Verhandlungen mit Bremen sind eingeleitet und auch diese Verhältnisse werden in Kurzem ihre Regelung finden. Der Abg. Hänel sagt, man wisse nicht, was aus Altona werden solle. Altona ist eine preußische Stadt, die den Anspruch hat, daß ihr von der preußischen Regierung entgegengekommen würde. Es ist, wie der Abg. Hänel mit Recht bemerkt, gleichgiltig, ob die erforderlichen Beträge im Reichstage oder preußischen Abgeordnetenhaus bewilligt werden. Es wird uns darauf ankommen, Altona in Bezug auf Handelsfähigkeit möglichst selbständig zu stellen und daß wir Alles, was im öffentlichen Interesse dazu nothwendig ist, seiner Zeit dem preußischen Abgeordnetenhause vorlegen werden. Die Versprechungen an Altona werden erfüllt, sobald der Plan mit Hamburg diejenige Präzision erhalten haben wird, daß wir auch den Plan für Altona aufstellen können. Der letzte Vorredner hat seine Bedenken darüber ausgesprochen, daß 40 Millionen in das Gesetz aufgenommen sind statt einer Pauschalsumme, mit der Hamburg nach eigenem Ermessen wirthschaften könnte. Dieser Plan ist nicht durchführbar, weil wir eine Sicherheit dafür haben müssen, daß jene Summe nur zu dem bestimmten Zweck gebraucht wird. Die Beurtheilung des Planes für die Hamburger Ausführung soll nach dem Zusatzprotokoll vom 25. Mai nur in einer allgemeinen Einsicht und Anerkennung desselben bestehen. Der Abgeordnete Hänel hat hervorgehoben, daß der Eintritt Hamburgs in den Zollverein gegen den Willen der Hamburger stattgefunden habe. Es war vorauszusehen, daß der Anschluß Hamburgs auf Widerstand stoßen würde.

In dem offiziellen Bericht des Senats wird ausdrücklich anerkannt, daß die öffentliche Meinung in Deutschland früher wie jetzt den Eintritt der Hansestädte in die deutsche Wirthschaftsgemeinschaft als eine Nothwendigkeit ansehe. Diese offizielle Aeußerung des Senats von Hamburg ergiebt doch wohl, daß die Reichsregierung, indem sie diese Frage behandelt hat, nicht etwa einem allgemeinen Zuge gefolgt

ist; sie ist sich bewußt, daß in der Nation das Bewußtsein herrscht, daß die Ausnahmestellung der Hansestädte eine dauernde nicht bleiben dürfe. Auch als die Reichsverfassung beschlossen wurde, war man dieser Meinung. Es wurde deshalb § 34 eingefügt, um den beiden Hansestädten Zeit, ihre Verhältnisse für den Eintritt in den Reichsverband zu ordnen, zu geben, und der damalige Minister Delbrück schätzte dieselbe auf sechs bis sieben Jahre ab. Das ist nicht geschehen und Anfragen, die 1879 von der Reichsregierung an die Städte gerichtet worden, sind ausreichend beantwortet. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der preußischen Regierung hat es darum für geboten erachtet, wenigstens die preußischen Gebietstheile in die Zollgemeinschaft überzuführen. Als die Verhandlungen hierüber schon ziemlich vorgeschritten waren, ward ich von Hamburg zu vorläufigen Besprechungen aufgefordert und auf diesen Vorschlag einzugehen, hielt ich für meine Pflicht. Die Hauptschwierigkeit schien den Herren damals darin zu liegen, daß die deutsche Zollbehandlung dem freien Verkehr der großen Hansestädte nicht entspreche. Besprechungen, die zwischen Sachverständigen über die Handhabung der Zolltechnik stattgefunden, ließen den Senat von Hamburg zu der Ueberzeugung kommen, daß trotzdem eine Verständigung möglich, und so kam es in der Zeit vom 9. bis zum 26. Mai zu einer Vorbesprechung der Zollanschlußanfrage, die schon am 25. Mai zu einem Abschluß führten. Von einer Pression kann also nicht die Rede sein, die Frage hat sich aus einer gegenseitig loyalen und entgegenkommenden Haltung so entwickelt wie sie liegt. Ich wünsche darum, daß die Frage nicht noch einmal durch Verweigerung des Kredits ins Ungewisse geschleudert werde. Wir sind der Meinung, daß wir nicht alles durch Zahlen nachweisen, wohl aber die Gründe für dieses Vorgehen rechtfertigen können. (Beifall rechts.)

(Während der letzten Rede ist der Herr Reichskanzler eingetreten.)

Abg. Dr. Windthorst: Politische Anschauungen haben mit dieser Frage nichts zu thun; wir haben alle in gleichem Maße ein Interesse an der Regulirung dieser Frage, sollen auch Opfer zu diesem Zwecke nicht scheuen, und halten eine kommissarische Prüfung für nothwendig, vor Allem der Frage: ist der Anschluß Hamburgs, eventuell Bremens diese großen Summen werth? Ob man die Subvention oder vertragsmäßige Entschädigung nennt, kommt dagegen gar nicht in Betracht. Insbesondere wird die Position sorgfältig zu prüfen sein, ob der große Kanal nothwendig sein wird, welcher enorme Kosten macht und ob sich nicht andere Einrichtungen dafür würden treffen lassen. Ferner kommt es noch in Betracht, ob Hamburg dem Anschluß nur nach Maßgabe des eigenen Interesses beitritt, dann scheint es mir gerathen, daß Hamburg auch allein die Kosten zu tragen hat und nur Zuschuß verlangen kann, insofern Reichseinrichtungen in Frage treten.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Es war nicht meine Absicht, mich in dieser mehr technischen Frage an der Diskussion in diesem Stadium zu betheiligen und es ist von meiner Seite gewagt, wenn ich es thue, da ich durch anderweitige dienstliche Beschäftigung verhindert war, die ersten Redner zu hören. Indessen ist meine Absicht zu schweigen doch erschüttert worden durch die Aeußerung des Vorredners in Bezug auf den vorliegenden Vertrag; wenn der Starke so vorgeht gegen den Schwachen, dann sieht es schlimm aus. Das sieht nämlich aus, als ob innerhalb des deutschen Reichs eine Vergewaltigung eines einzelnen Staates, und zwar eines der schwächeren, durch die Reichsgewalt vorläge, oder, da die Reichsgewalt auf dem Gebiete des Rechts nie die stärkere sein kann, da doch beide gleich stark sind, als ob etwa die preußische Regierung mit einer Pression gegen die Hamburger, ihr verbündete Regierung vorgegangen wäre, die nicht in der nothwendigen Konsequenz der Verfassung und ihrer Einrichtungen gelegen hätte. Schon aus der Rede des Herrn Vorredners und auch aus der Besprechung der ganzen Frage in den öffentlichen Blättern habe ich ersehen, daß die ganze Angelegenheit, wie mir scheint, zu sehr von dem einseitigen hamburgischen Standpunkt betrachtet wird, aus dem Standpunkt der Frage: ist es für Hamburg nützlich oder nicht? und daß der Herr Vorredner zu der Konklusion kommt, daß, wenn es für Hamburg nützlich wäre, Hamburg auch allein die Kosten tragen möge; wenn es aber für Hamburg nicht nützlich wäre, dann sei es überhaupt nicht nützlich. Auch der Herr Vorredner, einer unserer scharfsinnigsten Politiker, verschließt daher den Blick für das große Interesse, das das Reich seinerseits daran nimmt und nehmen muß, daß seine größte Handelsstadt von ihm nicht durch eine Zolllinie getrennt sei. Wenn Sie glauben, m. H., daß das eine gleichgiltige Sache ist, so denken Sie sich doch einmal den Fall, daß alle unsere Häfen in Deutschland durch eine Zolllinie vom Binnenlande getrennt wären. Ich weiß nicht, ob es für die Häfen selbst ein Glück sein würde, — ich glaube es nicht, denn ich habe gefunden, daß in ganz Europa diejenigen Hafenstädte, die mit Freihafensprivilegien gesegnet waren, auf die Dauer nicht daran festgehalten, ja wenn nicht andere politische Vortheile und Bestrebungen sich damit kreuzten, sich bemüht haben, diese Privilegien als onerosa mit der Zeit los zu werden. Aber denken Sie sich den Fall, daß auch Stettin, auch Danzig, auch Königsberg, alle unsere Handelsstädte vom Binnenlande durch eine Zolllinie getrennt wären, daß alle unsere Handelsstädte Freihäfen im Sinne von Bremen und Hamburg und alle für uns Zollausland wären. Ist wirklich einer unter Ihnen, meine Herren, der behaupten wird, daß das für das gesammte Binnenland eine ganz gleichgiltige Sache wäre, daß es nicht eine gewaltige Schädigung des Binnenlandes wäre, von dem direkten, unverzollten und durch keine Zolllinie unterbrochenen Verkehr mit den sämmtlichen Hafenstädten abgeschnitten zu sein? So aber liegt in Bezug auf Hamburg die Frage für das gesammte Elbgebiet, zu dem auch unsere Hauptstadt gehört, und noch weiter wie für das Elbgebiet, denn der Rayon von Hamburg und die Fühlbarkeit der Blüthe oder Nichtblüthe des Verkehrs mit Hamburg erstreckt sich bis nach Baiern, tief nach Oesterreich hinein, umfaßt Schlesien, umfaßt mehr als der Stettiner Handel, kurz das ganze Reich ist bei dem Hamburger Handel interessiet. Ich kann hier in den Beweis dieser Dinge gar nicht eintreten, ich glaube aber, sie liegen ganz offen auf der Hand, und es wird von Niemand, wenn die Frage klargestellt wird, sowie ich sie stelle, bestritten werden, daß das Reich selbst und das ganze Gebiet, auf das der Hamburger Handel sich erstreckt, ein sehr großes Interesse daran hat, mit seiner Haupthandelsstadt zu demselben Zollgebiet zu gehören. Ja, das Elbegebiet, das gesammte Handelsgebiet hat ein Recht darauf, daß die Stadt, deren Blüte wesentlich auf den Verkehr beruht, in der Industrie dieses — ich nenne es einmal — Elbegebiets, obschon es sehr viel weiter reicht, nur auf der Basis des Elbegebiets kann eine Handelsstadt von 300,000 Einwohnern an der Mündung dieses Stromes sich festsetzen, es gehört zur Folge des ganzen Handels- und Wirthschaftssystems dieses gesammten Hafengebiets der freie Verkehr, der Import und Export der Handelsstadt. Ich muß daher bestreiten, daß das Reich kein Interesse hätte, irgend welche Summe zu bezahlen, ob die zu hoch oder zu niedrig gegriffen ist, darüber kann ich nicht rechten, das sind Details, die sich meiner Entscheidung entziehen, die habe ich auch meinerseits unerbittlich so annehmen müssen, wie sie mir geliefert worden ist; ich mache aber darauf aufmerksam, daß uns alle Summen heut zu Tage zum Nachtheil des finanziellen Interesses, seit wir in Mark rechnen, viel höher erscheinen, als sie uns in Thalern erscheinen würden, und auch dadurch, daß man die ganze Summe als Kapital in Ansatz bringt, als Kapital, das angeblich in einer Summe aufzubringen und zu zahlen wäre. Wenn Sie die Rechnung in die uns allen nach langjähriger Gewohnheit noch vertraute Thalerrechnung umsetzen, so finden Sie, daß es sich um die Aufbringung von jährlich etwa einer halben Million Thalern, von 500,000 Thaler Zinsen handelt, 4 Prozent von dem Kapital, welches hier in 40 Millionen Mark ausgedrückt wird. Ist das wirklich ein so ungeheures Opfer für das deutsche Reich, 500,000 Thaler jährlich mehr aufzubringen, um mit seiner Haupthandelsstadt in denselben Zollverein zu gelangen, um die Reichsverfassung in einem ihrer wichtigsten und früher immer erstrebten Prinzipe, in Art. 33 auszuführen, ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet zu schaffen, um diese nationale Forderung zu verwirklichen und um diejenigen ausdrücklichen Zusagen aufzulösen, die der Stadt Hamburg bei der Verhandlung über ihren Beitritt gegeben worden sind, daß, wenn sie genöthigt sein würde, in Zukunft Entrepoteinrichtungen zu machen, daß dann das Reich einen wesentlichen Zuschuß dafür leisten würde. Ich erinnere mich, daß damals im Jahre 1867, wie hierüber verhandelt worden ist, gar kein Zweifel darüber bestand, daß die Einrichtung, die zum Vortheil Hamburgs getroffen werden sollte, eine provisorische sei, durch die ein Uebergangsstadium — als solches betrachtete man es ganz zweifellos von beiden Seiten — den betheiligten, bis dahin den mit dem Auslande frei verkehrenden Städten, erleichtert werden solle und daß schon damals Anschläge gemacht wurden, was die Entrepoteinrichtungen ungefähr kosten könnten, ohne deren Herstellung die Einbeziehung Hamburgs in den Zollverein nicht möglich sein würde, daß damals Summen von 6 Millionen Thalern genannt worden sind, Summen von 10 Millionen Thalern, und daß die Frage urgirt worden ist: werden diese Summen vom Reich allein zu tragen sein? — so lautete damals die Frage — oder wird das Reich ein Drittel oder die Hälfte und Hamburg das Uebrige tragen? Hamburg faßte damals die Einbeziehung als lediglich im Interesse des Reichs und unserer nationalen Entwicklung liegend auf und nahm damals das Hauptinteresse daran und war wohl der Meinung, daß ein Zuschuß von 6 bis 10 Millionen Thaler dann wohl geleistet werden würde. Es liegt also meinem Gefühl nach eine Art von Ehrenpflicht des Reiches vor, die damals Hamburg gegenüber übernommen worden ist, allerdings in der Voraussetzung, daß auch Hamburg die Ehrenpflicht, die es meiner Ueberzeugung nach damals übernommen hat, halten und seinerseits den ersten Augenblick, um das Freihafensystem gemacht worden und die Jahre, die seitdem verflossen sind, dazu benutzen würde, um das vorzubereiten, die Zollscheidewand zwischen sich und der übrigen Nation fallen lassen zu können. Diese Pflicht ist von Hamburg nicht inne gehalten. Wenn ich in Folge dessen eine Pression mit berechtigten Mitteln geübt habe, und so weit ich sie geübt habe, so glaube ich, ist es ungerecht, mich dafür anzuklagen, im Gegentheil, ich sollte dafür gelobt werden, und der nationale Sinn, das Bestreben, die nationalen Zwecke des Reichs zu Ende führen, was darin liegt, wenn ich diejenigen gesetzlichen Mittel in Anwendung bringe, die dazu geeignet sind, Hamburg die Voraussetzungen in Erinnerung zu bringen, unter denen die Freihafenqualität damals bewilligt wurde, wenn ich die außer Anwendung ließe. Ich würde meinerseits kein gutes Gewissen haben, wenn ich irgend eine Arbeit, irgend eine Ueberredung, irgend einen Druck, so weit er mir gesetzlich und verfassungsmäßig gestattet ist, unterlassen hätte, um das Prinzip der Verfassung zur Durchführung zu bringen. Ein solcher Druck, meine Herren, — Sie werden sich erinnern, diejenigen, die politisch alt genug, um dabei mitgewirkt zu haben, daß er bei allen deutschen Staaten bis zu einem gewissen Grade nothwendig war und daß mit großer Lust und Liebe für die deutsche Einheit sehr wenig Staaten überhaupt derselben näher getreten, noch viel weniger sich den Konsequenzen, die sich aus derselben ziehen lassen, freiwillig und mit Lust und Liebe unterworfen haben. (Sehr richtig!) Verlangen Sie einen Kanzler, der das mit Ruhe ansieht, und der es nicht für seine Aufgabe erkennt, die Einheit des Reiches auch in diesen Beziehungen zu fördern, so müssen Sie einen andern haben, als ich bin; von mir werden Sie das nie erreichen. Ich werde jede Pression, zu der ich gesetzlich berechtig bin, um den Artikel 33 der Verfassung zur Wahrheit zu machen, mit gutem Gewissen, mit der vollen Ueberzeugung, meine Pflicht zu thun, üben, und keine Mißbilligung von der Seite der Opposition wird mich darin irre machen! (Bravo! rechts). Ich verlange dafür Anerkennung und nicht Tadel. Es wäre ja für mich außerordentlich leicht, mir alle diese lästigen Geschäfte fern zu halten, wenn ich nicht von dem kategorischen Imperativ des Pflichtgefühls getrieben würde, daß ich, soviel mir zu wirken noch vergönnt ist — ich kann wohl sagen, so lange ich noch zu wirken genöthigt bin, denn freiwillig thue ich es nicht — daß ich meine Schuldigkeit thue, die bestehenden Reichseinrichtungen zu vollenden und zu befestigen, so viel meine abnehmenden Kräfte das gestatten. Ich habe die ersten 13 Jahre meiner ministeriellen Thätigkeit, wenn ich die die Konfliktszeit abrechne, hauptsächlich den auswärtigen Aufgaben gewidmet. Ich habe diese Angelegenheiten als zu einem solchen Abschluß, den sie in einem Menschenalter überhaupt erreichen können, geführt betrachtet; das Reich nicht nur durch die großen Kriege befestigt, sondern auch durch die 10 Jahre, die darauf folgten, über die sehr gefährlichen und sehr schwierigen Wege, auf denen wir durch die Gefahr übermächtiger Koalitionen in Europa bedroht sein konnten, hinweggeleitet, so daß diese Gefahr, wie Sie selbst das Gefühl haben, jetzt geschwunden ist. Sie kann wieder auftreten, aber sie ist im Augenblick beseitigt. Es ist uns auch da, wo wir durch die Fertigstellung des deutschen Reiches Verstimmung, ja sogar Bitterkeit hinterlassen haben, gelungen, schließlich freundschaftliche Beziehungen, die weit über das, was wir zur Zeit des deutschen Bundes besaßen, hinausreichen, herzustellen und zu gewinnen. Also meine Aufgaben, die ich mir auf dem auswärtigen Gebiete gestellt hatte, geben mir keinen Vorwand und Berechtigung in meinen Augen für die übrigen, die mir auf dem inneren Gebiete erwachsen können, zu schließen. Wenn ich dies ins Auge fasse unter den Gesichtspunkten der Frage: was kann ich thun, um bei einem demnächst vorauszusehenden Rücktritt oder Aufhören der Wirksamkeit, das Reich gefestigter und vollendeter zu verlassen, so habe ich diese Aufgabe meines Erachtens niemals auf dem Gebiete suchen können, auf dem sie mir einigermaßen empfohlen worden ist, sie zu versuchen, also vielleicht eine Anzahl verantwortlicher Minister neben dem Reichskanzler zu schaffen. Ich glaube, daß es umgekehrt das Reich wesentlich lockern und die Verantwortlichleit für die Führung schwächen würde, sondern ich habe sie gesucht in der Verbesserung und Vervollkommnung der inneren Reichseinrichtung, in Verbesserung unserer wirthschaftlichen Zustände und unserer Finanzlage, in Befestigung unseres inneren Friedens und in Vollendung derjenigen Verfassungsbestimmungen, welche überhaupt noch unvollendet sind, und zu dem gehört auf das Schreindste und Flagranteste der Art. 33, die Wohlthat eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes, das bisher der deutschen Nation nicht zu Theil geworden ist. Wenn nun ein Kanzler, welcher keine Anstrengung scheut, um diese Vollendung zu erreichen, im Reichstage einen energischen und die Grenzen des gewöhnlichen Parteikampfes überschreitenden Widerstand findet und behindert wird, seine Aufgabe weiter zu führen, bei der ich ursprünglich mehr Unterstützung gefunden habe, nicht bei den Regierungen, wie bei der Hamburgischen, sondern umgekehrt im Parlament, so muß ich heute sagen, daß ich die Regierungen als die stärkeren Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Parlament und dem Reichstage betrachte. (Oho! links.) In der Durchführung dieser Einheit sehe ich mich durch die Regierungen gefördert, aber nicht durch den Reichstag, ohne Verschulden der Einzelnen, das liegt an der Zerfahrenheit unseres Fraktions- und Parteilebens und die Neigung die heut zu Tage da ist, die Bestrebungen, die ein Reichskanzler zur Vollendung seiner nationalen Aufgabe macht, als eine Bedrückung des Schwachen, als eine verfassungsmäßig unberechtigte Pression zu bezeichnen, — von dieser Neigung war in der Zeit, als wir zuerst die deutsche Einheit im Norddeutschen Bunde sich anbahnen und bilden sahen, ganz und gar keine Rede; wenn damals ein Mitglied solche Schwierigkeiten gemacht hätte, wie sie jetzt in der Hamburger Frage gekommen sind, unter dem allgemeinen Unwillen hätte er schweigen müssen, meine Herren. (Oh! Oh! links.) Soweit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung für die Einheit. Und, meine Herren, Sie stellen wie das Glück von Edenhall, diese deutsche Einheit auf harte Probe und scheinen mir bereit zu sein, sie auf noch härtere zu stellen. Die Folge von dem Parteihader, der uns zerreißt, sehen Sie darin, daß die Fraktionen, die dem deutschen Reich nothwendig ihrer ganzen Tendenz noch entgegenstehen, beispielsweise die polnische, die dänische, die welfische, die franzosenfreundliche will ich sagen, in ihrer ganzen Ausdehnung wachsen, zunehmen und gedeihen. Das wäre vor 15 Jahren nicht möglich gewesen. Es ist sehr leicht die Regierung anzuklagen, es ist sehr leicht deshalb zu sagen: Nehmt liberale Minister — nun, meine Herren, wir werden ja darüber reden können, — dann wird das nicht sein! Ich bin überzeugt, es liegt daran nicht, sondern es liegt an dem Ueberwuchern des Parteihaders und Fraktionshasses, wie es dem deutschen Charakter eigenthümlich ist. Wir haben ja acht Fraktionen, von denen keine einzige eine Majorität bilden kann und von der kaum eine im Stande ist, mit der nächst benachbarten gemeinschaftlich ein positives Programm aufzustellen; in der Negation dessen, was die Regierung, dessen, was ich in Bethätigung meines Pflichtgefühls und mit Aufopferung meiner besten Kräfte für die deutsche Nation unternehme, das zu verneinen, dazu ist eine große Majorität bald hergestellt, aber was können Sie denn Positives leisten? für welches positive Programm haben Sie eine Majorität in diesem Reichstage? Glauben Sie nicht das, was die Zeitungen irrthümlich von mir behaupten, daß mich in diesem Ausdruck der Besorgniß — ich kann wohl sagen — des Unwillens über diese Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermisse, auf den ich Anspruch gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern habe einfach meine Schuldigkeit gethan, nichts weiter; und wer seine Pflicht thut, ist ein getreuer Knecht, hat aber keinen Anspruch auf Dank. Alles das liegt mir außerordentlich fern. Ich habe gelernt, ohne den Dank der Welt zu leben, ich habe ihn verloren, ich habe ihn wieder gewonnen, ich habe ihn wieder verloren — ich mache mir gar nichts daraus (Heiterkeit), ich thue einfach meine Pflicht. Wenn Sie irgend Jemand für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer: Der Kaiser, der als König von Preußen seine Existenz, seine Krone dafür einsetzte, das Heer, welches unter einer intelligenten Führung, aber auch mit großen Leistungen, wie sie selten sind, sie schlug; diesen sind Sie Dank für die deutsche Einheit und des deutschen Reiches schuldig, mir in sehr geringem Maße und auf das geringe Maß, was etwa vorhanden ist, verzichte ist. Nehmen Sie an, daß der böhmische Krieg mißlang, daß dieser zur Entscheidung der deutschen Verhältnisse, zur Durchhauung des gordischen Knotens, in dessen Verschlingung wir seit langen Jahrhunderten lagen, für Preußen verloren ging, so war ja ganz klar, daß ich, wenn ich überhaupt nach diesem Vorfall lebendig meine Heimath wiedergesehen hätte, der allgemeine Sündenbock war, der Verbrecher, der das Vaterland leichtfertig ins Verderben geführt hatte. Dies habe ich mir beim Einzuge von 1866 gesagt, und einer meiner Kameraden drückte sich damals so aus: „wäre es nicht so gekommen, so hätten Sie die alten Weiber mit Besenstielen bei uns todtgeschlagen". Das Verdienst nehme ich also nicht an, ich hatte meine Existenz, meine Ehre und Zukunft, mein Gewissen, möchte ich sagen, eingesetzt gehabt für das Gelingen dessen, was mir gelungen ist. Ich hätte meinem Herrn denselben Rath ertheilt, der zum Guten ausgeschlagen ist, als wenn er nicht so ausschlug. Nehmen Sie an, waran ich viel unschuldiger war, der französische Krieg mißlang, wie rasch wäre gesagt, daran wäre allein der leichtsinnige Kanzler schuld, dessen politischer Eigendünkel, dessen Ehrgeiz allein hat das Vaterland in das Verderben eines unglücklichen Krieges gestürzt, das wäre sehr rasch gewesen, wie jetzt schon die Wendungen sind, dazu kenne ich die öffentliche Meinung genug. Also mein Verdienst und meine Bemühungen würden in beiden Fällen, wenn diese Kriege gelangen oder mißlangen, ganz dieselben sein, und gewiß wäre ich dem allgemeinen Haß und der Verfolgung, vielleicht Schlimmerem zum Opfer gefallen. Nun sind sie gelungen, meine Herren, das ist das Verdienst des Heeres, mir ist Niemand Dank schuldig, und wer von mir behauptet, ich erwarte ihn, der verläumdet mich — ich habe meine Pflicht gethan und weiter nichts. (Beifall rechts.)

Abg. Meier (Bremen): Ich habe zu erklären, daß wir dieser Vorlage mit Wohlwollen gegenüberstehen; bei der großen Wichtigkeit, die namentlich auch die Rechtsfrage hat, sind auch wir für kommissarische Berathung.

Abg. Lasker: Wenn der Reichskanzler bei einem Rückblick auf seine Vergangenheit Anklagen der schwersten Art gegen die Nation und den Reichstag erhebt, so halte ich es für unsere Pflicht, darauf eine offene Antwort zu geben, mit all' der Vorsicht, die einem so mächtigen und verdienstvollen Manne gegenüber am Platze ist. Er erwähnte zunächst, daß er für seine große Wirksamkeit Dank nicht erhalten habe. (Widerspruch rechts. Fürst Bismarck: Im Gegentheil.) Dem gegenüber konstatire ich, daß ich keinen lebenden Staatsmann, keinen aus der Geschichte kenne, der so von der Dankbarkeit einer Nation überschüttet worden ist, wie der Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) So groß seine Verdienste sind, — sofern wir uns nicht jeder Selbständigkeit entäußern wollen, — mehr zu thun, als die Nation gethan, ist sie nicht im Stande. Nicht gegen den Anschluß Hamburgs haben wir uns aufgelehnt, sondern gegen die Methode und die Mittel, die dabei angewendet sind, und die Bundesgenossen gegenüber ausgeschlossen sein sollten. Daß über den Beitritt Hamburgs schon 1867 Verhandlungen gepflogen worden, hören wir heute zum ersten Male; so werden uns die wichtigsten Dinge verheimlicht, und verfährt der Reichskanzler uns gegenüber ebenso, wie er es auswärtigen Staaten gegenüber für angemessen halten mag. Als Ursache dieser angeblichen Degeneration in nationaler Beziehung bezeichnete der Reichskanzler den Parteihader und die Fraktionskämpfe. Sollte der Kanzler sich so ganz außerhalb des ursächlichen Zusammenhanges mit dieser Erscheinung fühlen? Sollte er sich nicht einmal die Frage vorgelegt haben, daß er selber vielleicht die Schuld daran trägt, daß Alles, was fest im Reich gewesen, zersplittert, und Festigkeit nur noch bei denen ist, die Opposition gemacht haben? Der Reichskanzler gerade hat ja die positiv wirkenden Parteien auseinander getrieben. Er hat Jahre lang den Gedanken gehegt, eine liberal-konservative Mehrheit herzustellen, „mit der er werde gut marschiren können". Hat er nicht den Bannstrahl der Reichsfeindschaft gegen das Zentrum geschleudert? Ist nicht im Namen des Reichskanzlers jene Depesche in die Welt gegangen, welche einen Theil der Mitglieder dieses Hauses mit der Bezeichnung „Republikaner" belegte? Will der Reichskanzler im Ernst die Behauptung aufrecht erhalten, daß ein so großer Bruchtheil im Lande und im Hause außerhalb der Verfassung stehe? Als demnächst ein Theil der Liberalen sich von den übrigen loslöste, war sofort der Reichskanzler bereit, den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit auch auf sie auszudehnen. Ich glaube, wenn man sich einer solchen Methode bedient, kann man sich nicht wundern, daß Alles, was positiv war, zersplittert ist und Neugestaltungen nicht herauskommen. Dagegen haben wir jetzt besseren Rath gepflogen, wir haben das Bestreben, aus dieser Zersplitterung eine große liberale Partei hervorgehen zu lassen, welche die positive Arbeit aufzunehmen haben wird, die ihr vom Regierungstische aus nicht dargeboten wird. Diese große liberale Partei, von der ich überzeugt bin, daß sie entstehen wird, weil sie entstehen muß — sie wird demnach keineswegs von einem Geiste der Negation beseelt sein. Der Reichskanzler hat es als die Aufgabe seines Lebens bezeichnet, die wirthschaftliche Festigung des Reichs zu Stande zu bringen. Wir werden ihm stets folgen, wo er uns Brauchbares vorlegt; unmöglich können wir aber Vorschlägen zustimmen, die sich uns als unausführbar oder unerwogen darstellen. Man nennt die heutige Zeit eine Zeit der materiellen Interessen. Lehren aber nicht die Wahlen gerade das Gegentheil. Müssen Sie (zur Rechten) nicht aus denselben entnehmen, daß das Volk Sie verworfen hat? Das Volk hat erkannt, daß es einen Weg geführt werden sollte, der weit abführt von dem besonnenen Wege, den Regierung und Konservative sich hätten zum Maßstab sein lassen müssen. Vor nicht langer Zeit hat man noch verzweifelt, als könne man dem Reichskanzler keinen Widerstand leisten, als sei jedes Zusammenraffen

geblich: die Nation hat uns durch diese Wahlen eines Besseren belehrt. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Vorredner hat unserer Diskussion noch eine weitere Unterlage untergeschoben und mich dadurch genöthigt, auf einige seiner Anführungen noch zu erwiedern. Er fing an mit dem Irrthum, den er, wie ich hoffe, eingesehen hat, als hätte ich mich über Mangel an Dank beklagt, der mir zu Theil geworden wäre für die Erfüllung meiner dienstlichen Pflicht, während ich im Gegentheil hier glaube, in den unzweideutigen Worten, die der Herr Vorredner überhört haben muß, konstatirt zu haben, daß mir viel mehr Dank zu Theil geworden ist, als ich beanspruchen konnte. Aber ich weiß nicht, was der Herr Vorredner unter dem Danke, der mir in reichem Maße zugeflossen sein sollte, überhaupt versteht. Wenn er darunter materielle Güter versteht, die ich der Huld Se. Majestät des Kaisers verdanke — (Oh! links) gut, ich entnehme hieraus, daß das ausgenommen, was mir sehr angenehm ist, — wenn er darunter Ehrenbezeugungen versteht, — ich habe in Blättern, die dem Herrn Vorredner nahe stehen, unter anderem angeführt gesehen, ich wäre mit Ehren und Gütern überhäuft worden, — die „Kölnische Zeitung" sagte das (hört! hört! links) — man hätte mir Statuen geschaffen — meine Herren, meine Ehre steht in Niemandes Hand als in meiner eignen, und man kann mich nicht überhäufen; die eigene, die ich in meinem Herzen trage, genügt mir vollständig (Bravo! rechts) und Niemand ist Richter darüber und kann entscheiden, ob ich sie habe. Meine Ehre vor Gott und den Menschen ist mein Eigenthum und ich gebe mir selbst soviel, wie ich davon glaube verdient zu haben, und ich verzichte auf jede Zugabe. Was aber die Statuen anbelangt, so muß ich ihm doch sagen, daß ich für diese Art von Dank gar nicht empfänglich bin. Ich wäre in der größten Verlegenheit, wenn ich beispielsweise in Köln wäre, mit welchem Gesicht ich an meiner Statue vorbeigehen sollte. (Heiterkeit.) Ich erlebe das mitunter in Kissingen, es stört mich in der Promenade, wenn ich auf derselben gewissermaßen fossil dastehe. Ich könnte dasselbe von Orden sprechen u. s. w. Der Vorredner meint, die Herren von der Opposition könnten mir doch nicht ihre Ueberzeugung und ihr Gewissen opfern. Wer verlangt denn das von Ihnen? Umgekehrt, Sie verlangen es von mir. Wie ist denn unser Verhältniß: ich mache die Vorlagen und Sie haben das Recht sie abzulehnen. Anstatt sie einfach abzulehnen, machen Sie mir die heftigsten Vorwürfe, daß ich diese Vorlagen mache. Ich kann doch nur Vorlagen nach meiner Ueberzeugung machen. In diesen Uebertreibungen unserer Zustände, in diesen Redensarten von Absolutismus, in allen diesen Worten, die sich einstellen, wo Begriffe fehlen (Oho links), wie Absolutismus, Hausmeierei und dergleichen (Heiterkeit), da fehlt blos noch die gewöhnliche Litanei dahinter: Junker und Pfaffen, Erbunterthänigkeit und was dergleichen ist, kurz und gut, die ganzen fossilen Ueberreste der — ich möchte sagen — Glasformation des deutschen Liberalismus und des deutschen Philisterthums in kleinen Städten, alle die Ungeheuerlichkeiten, die ihnen vorschweben, werden mir gleich auf den Leib geredet, wenn ich einfach nach meiner Ueberzeugung Vorlagen mache, mit der bescheidenen Bitte, sie in Erwägung zu ziehen und wenn sie Ihnen gefallen, sie anzunehmen, wenn sie Ihnen nicht gefallen, sie abzulehnen, und wenn Sie glauben, daß sich daraus etwas machen läßt, sie zu amendiren. Diese Ueberzeugung soll ich aufgeben! Ich gebe also die Tendenz zu Absolutismus, zu Vergewaltigung fremder verfassungsmäßig berechtigter Ueberzeugungen dem Herrn Vorredner einfach zurück. Die liberalen Fraktionen, oder ich will sagen, die freihändlerischen Fraktionen wollen mir einfach verbieten, nach meiner Ueberzeugung Vorlagen zu machen, sie wollen, ich soll mit meinen Vorlagen — ich will nicht sagen — als Knecht in Parteidienste treten, von irgend einer Fraktion. Sie sind alle meine lieben Freunde (Heiterkeit), so lange ich Verträge mit Ihnen abschließe und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion stelle. Sie haben mich alle angefeindet bis auf's Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen; ich habe mit allen Fraktionen in meinem Leben, wie ich glaube, im Sinne der Einheit und des Fortschritts der deutschen Nationalentwickelung zu kämpfen gehabt und bis aufs Messer kann ich wohl sagen. Es ist mir kein Vorwurf, der mich persönlich kränken oder politisch diskretioniren könnte, von irgend einer Fraktion erspart worden, mit der ich im Kampfe gelebt habe. Der Herr Vorredner hat also auf das Publikum den Eindruck machen wollen, als übte ich irgend einen Gewissensdruck dadurch, daß ich hier — hier ist der Ton unserer Vorlagen etwa drohend, vergewaltigend mit irgend welchen verfassungsmäßigen Mitteln? Sind Sie nicht vollständig im Genusse Ihrer Rechte, Ihre Kommissionen zu wählen? Ja im Genusse des deutschen Urrechts, von den Ministern so schlecht zu sprechen, wie Sie wollen bei der Gelegenheit? Es werden Ihnen ja gar keine Schranken gezogen. Der Herr Vorredner führte als ein Moment gegen mich an den Ausfall der Wahlen. Ja, meine Herren, wenn die Wahlen eine wirklich liberale Majorität an die Sonne gefördert hätten, so könnte ich deshalb meine Ueberzeugung doch nicht ändern; ich könnte zurücktreten, ich könnte allenfalls fragen, ob die Herren nun bereit seien und sich mit Sr. Majestät dem Kaiser darüber einigen, um ihr Programm durchzuführen, aber meine Ueberzeugung würde dieselbe sein und sie könnten in der That eine wirkliche Majorität gefunden haben, so würde ich dennoch, so lange ich Reichskanzler bin, es für meine Pflicht halten, Ihnen dieselben Vorlagen zu machen, die ich Ihnen in dieser Session gemacht habe im Namen des Kaisers oder machen werde und Ihren Ausspruch darüber, Ihre Ablehnung in Ruhe gewärtigen, aber zur Beruhigung meines Gewissens brauche ich die Quittung Ihrer Ablehnung, und die können Sie mir ja geben, ich werde nicht einmal böse darüber; aber ich glaube, der Herr Vorredner überschätzt die Wahlen — ich meine die letzten — in ihrer Tragweite sehr bedeutend, und ihm sind die Ergebnisse nicht in allen ihren Phasen genau bekannt, sonst würde er sich doch darüber nicht täuschen, daß, ganz abgesehen von dem zufälligen Gesammtresultat mehr wie hundert Stichwahlen, wobei eine gewisse Zwangslage für die Wählenden geschaffen ist — ganz abgesehen von dem zufälligen Resultat der definitiven Wahlen — doch auch ein kleines Gewicht darauf zu legen ist, wie viel Wähler haben denn bei der ersten Wahl, wo die Ueberzeugungen völlig freie waren, sich für die eine oder andere Richtung ausgesprochen. Der Vorredner hat gemeint, die wirthschaftlichen Vorlagen wären von der Nation — ich weiß nicht, was er da meint, höchstens die Meinung der Wähler, die ihn gewählt haben — wären von der Nation verurtheilt worden. Liegt denn in irgend einer Wahl eines Zentrumsmitgliedes, eines Konservativen, eines Freikonservativen, ja selbst eines Nationalliberalen nothwendig eine Verurtheilung der wirthschaftlichen Fragen? Es war dies politische Anhänglichkeit. Diese Verurtheilung liegt nur in dem sezessionistischen Wahlen, weil die Herren dieser Fraktion ja den Freihandel und alle Gegentheile der Reformen, die ich anstrebe, an die Spitze ihres Programms gestellt haben. Wenn ich nun wieder zurückkomme darauf, wie viele Wähler haben sich für die eine oder andere Seite ausgesprochen, so kommen wir zu dem merkwürdigen Resultat, daß die einzige größere Fraktion, die überhaupt einen Zuwachs an Stimmen erhalten hat, die deutschkonservative ist. (Heiterkeit links.) Ja, meine Herren, lachen Sie nachher; wer zuletzt lacht, lacht am besten; warten Sie nur noch ein wenig. Ich kann Ihnen hier eine vergleichende Uebersicht der Abstimmung vom 27. Oktober geben. Es giebt wahlberechtigte Wähler im deutschen Reich 9 Millionen rund. Von denen haben 1878 gestimmt 5,760,000; im Jahre 1881 trotz der leidenschaftlichen Agitation ⅔ Millionen weniger; 666,000 Wähler mehr als im Jahre 1878 haben sich der Wahl überhaupt enthalten, sie konnten also bei keiner Fraktion beliebt werden. Von den zur Vergleichung kommenden Parteien will ich zuerst die zahlreichste erwähnen. Die große liberale Partei hat im Jahre 1881 am 27. Oktober 54,000 Stimmen weniger bekommen als 1878. Da sehen Sie die Stimme der Nation. Die Nation, wo es sich um eine Majorität handelt, entscheidet auch mit einer Mehrheit von 1 gegen 1000 Stimmen. Die große liberale Partei ist also um 54,000 Stimmen zurückgegangen in der Schätzung der Nation. Nach den amtlichen Nachrichten haben 54,000 Wähler für das, was früher Nationalliberale, Fortschrittspartei und liberale Gruppe hieß, im Jahre 1878 mehr gestimmt als für die Gesammtheit, die heut zu Tage gebildet wird aus der liberalen Gruppe, den Nationalliberalen, den Sezessionisten und dem Fortschritt. Es ist also hier nur das Resultat, daß die Nation der liberalen Partei in Erinnerung gegeben hat, sie möge sich weniger mit politischen und mehr mit wirthschaftlichen Fragen beschäftigen, indem sie ihr 54,000 Stimmen weniger gegeben hat, wie das vorige Mal. In Bezug auf die Gesammtheit der Konstellation machte dies keinen Eintrag, es hat nur eine Verschiebung innerhalb der großen liberalen Partei nach links stattgefunden. Die Möglichkeit, eine konservativ-liberale Majorität zu bilden, die ich zu meinem Ruhme erstrebt habe, und welchen Bestrebens ich mich nicht schäme, wie der Vorredner anzunehmen schien, hat sich wesentlich verringert, indem das Schwergewicht innerhalb der großen liberalen Partei weit nach links hin ausgeschlagen. Ich will auf die Wahlen und auf die Einflüsse, die hierbei stattgefunden haben, weiter hier nicht eingehen; die werden ein anderes Mal besprochen werden, das wird sich finden. Die liberale Gruppe ist zurückgegangen von 156,000 auf 153,000 Stimmen, in der ersten Abstimmung also unbedeutend, die Nationalliberalen sind zurückgegangen von 1,330,000 auf 640,000. Da liegt hauptsächlich der Verlust. Die Sezessionisten, die sich aussonderten aus den Nationalliberalen, weil ihnen die Nationalliberalen vielleicht zu national und nicht liberal genug waren, die bilden ja einen Theil dieses Ausfalls, ein anderer Theil mag anders weggegangen sein. Die Sezessionisten haben bei den Wahlen im Jahre 1878 noch nicht existirt und haben diesmal 370,000 Stimmen bekommen, die in den nationalliberalen Stimmen enthalten waren. Der Fortschritt hatte 385,000 Stimmen und hat jetzt 653,000, also mehr 268,000 auf Kosten seiner liberalen Kollegen. Die liberale Gesammtpartei hat gehabt, das eine Mal, — wo allerdings kleine Zifferirrungen möglich sind in den Einern, aber nicht weiter — 1,750,000 Stimmen und vor 3 Jahren und dieses Jahr 1,664,000, sie sind also in ein niedrigeres Hunderttausend gekommen, und, meine Herren, ich möchte Sie bitten, die Liberalen, diese Stimmen der Nation doch wohl zu beherzigen, die Ihnen ans Herz legt, in sich zu gehen und zu überlegen, ob der Weg, den Sie wandeln, der richtige sei. Sie haben diesmal trotz einer gewaltigen Agitation in der Gesammtheit an Stimmzahl verloren, Ihren Hauptgegnern, den Deutschkonservativen, sind 120,000 Stimmen zugewachsen, sie sind von 13 Prozent der Wähler im Jahre 1878 auf 17 Prozent der Wähler 1881 gekommen, und das ist die Partei, die der Herr Vorredner belehren will, daß sie die Stimme der Nation ihrerseits beherzigen solle und von ihrem jetzigen Wege ablasse. Auch das Zentrum, so blühend seine Macht ist, hat einen Verlust von 142,000 Urwählern zu verzeichnen, ebenso haben die Polen zwar 4 Abgeordnete mehr, aber doch 15,000 Stimmen verloren. Die Sozialdemokraten sind von 437,000 auf 311,000 gekommen, und ich möchte bitten, dabei zu erwägen, ob nicht das Sozialistengesetz und das Entgegenkommen der Regierung zur Erleichterung des Looses der unteren Klassen viel zu diesem Resultate beigetragen haben. Die Volkspartei ist eine wesentlich neue Einrichtung, sie hat 37,000 Stimmen gewonnen, im Uebrigen aber sind diejenigen, die aus der Wahlschlacht mit dem gehobenen Gefühl der Anerkennung durch die Nation hervorgegangen sind, die Deutsch-Konservativen (Heiterkeit links). Ja, Sie lachen darüber, aber hier sind sehr schlagende Wahrheiten, denn die Ziffern sind amtlich, sie liegen vor, es haben in der That 120,000 Urwähler mehr für die Deutsch-Konservativen gestimmt wie vorher, die Partei hat einen eminenten Fortschritt gemacht, die gesammten Liberalen haben zwar einen kleinen, aber immerhin einen Rückschritt gemacht, sie sind mit 54,000 Stimmenlängen geschlagen. Das wollte ich auf die „Stimme der Nation" erwidern. Mit solchen pomphaften Redensarten muß man nicht zu freigebig sein, wenn man an der Spitze von einigen Tausend Meininger Wählern steht.

(Den Schluß der Rede des Reichskanzlers, die Reden von Windthorst, Richter 2c. bringen wir in unserem Abendblatte.)

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 28. November. Der Großherzog hat am Sonnabend zum ersten Male das Bett verlassen und sich im Rollstuhle nach dem Gartensalon begeben, wo ihn seine Tochter, die Kronprinzessin von Schweden, zum ersten Male begrüßte.

Paris, 28. November. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Resultaten der Wahlen der Delegirten für die Senatorenwahlen gehören viele der Gewählten der opportunistischen Partei an; auch sollen viele Maires gewählt sein. Die definitive Feststellung der gesammten Resultate dürfte erst in einigen Tagen möglich sein.

Berlin, 29. November. Bei den Reichstagsnachwahlen wurde im dritten Wahlkreise Munckel mit 11,498, im fünften Günther mit 9341 Stimmen gewählt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celſ. Grad.
28. Nachm. 2	749,1	W schwach	heiter ¹)	+10,3
28. Abnds. 10	751,7	SW schwach	wolkig	+ 6,1
29. Morgs. 6	754,5	W schwach	trübe Nebel	+ 4,3

¹) Regenhöhe 1,7 mm.
Am 28. Wärme-Maximum +11°4 Celſ.
" " Wärme-Minimum ° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. November Morgens 1,80 Meter.
" " 28. " Mittags 1,78 "
" " 29. " Morgens 1,72 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 28 November. (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,39. Pariser do. 80,87. Wiener do. 171,70, K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Heff. Ludwigsb. 97¾. K.-M.-Pr.-Anth. 130⅝. Reichsanl. 101½. Reichsbank 150⅛. Darmstb. 166⅞. Meininger B. 101⅞. Oest.-ung. Bk. 719 50. Kreditaktien 311⅜ Silberrente 66⅝. Papierrente 66⅛. Goldrente 80¾. Ung. Goldrente 77⅜. 1860er Loose 123⅜. 1864er Loose 336,00. Ung. Staatsl. 238,00. do. Ostb.-Obl. II. 94⅜. Böhm. Westbahn 269⅝. Elisabethb. —. Nordwestbahn 195⅞. Galizier 263¼. Franzosen 277½. Lombarden 130⅞. Italiener 88⅜. 1877er Russen 90⅞. 1880er Russen 74. II. Orientanl. 60. Zentr.-Pacific 111⅝. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 60¼. Wiener Bankverein 118, ungarische Papierrente —. Buschtiehrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 310⅞, Franzosen 276⅞, Galizier 262¾, Lombarden 129¾, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 28. Novbr. (Schluß-Course.) Geschäftslos, aber fest, zum Schluß lebhafter. In Franzosen Deckungskäufe.

Papierrente 77,32½. Silberrente 78,10. Oesterr. Goldrente 93,90. Ungarische Goldrente 119,70. 1854er Loose 122,70. 1860er Loose 133,00. 1864er Loose 177,50. Kreditloose 180,20. Ungar. Prämienl. 125,50. Kreditaktien 362,50. Franzosen 324,00. Lombarden 150,00. Galizier 305,00. Kasch.-Oderb. 148,50. Pardubitzer 164,50. Nordwestbahn 228,20. Elisabethbahn 217,50. Nordbahn 2390,00. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 143,50. Anglo Austr. 153,00. Wiener Bankverein 138,80. Ungar. Kredit 360,00, Deutsche Plätze 58,15. Londoner Wechsel 118,70 Pariser do. 47,05 Amsterdamer do. 97,75. Napoleons 9,41. Dukaten 5,60 Silber 100,00. Marknoten 58,20 Russische Banknoten 1,25⅝. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 169,00. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 248,25, ungarische Papierrente 90,47½, ungar. Goldrente 89,92½, Buschtierader B. — —. Ung. Präml. —. Eskompte —,—.

Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn vom 19. bis zum 25. November 667,814 Fl., Mindereinnahme 115,404 Fl.

Wien, 28. November. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien 360,00, österr. Kreditaktien 362,00, Franzosen 322,75, Lombarden 150,00, Galizier 305,00, Anglo-Austr. —,—, österr. Papierrente 77,30, do. Goldrente 93,90, Marknoten 58,12½, Napoleons 9,41½, Bankverein —,—, Elbthal 250,50, ungar. Papierrente 90,50, 4proz. ungar. Goldrente 90,00. Still.

Wien, 28. November. (Abendbörse). Ungar. Kreditaktien 360,00, österr. Krediktaktien 362,00, Franzosen 322,75, Lombarden 150,00, Galizier 305,00, Anglo-Austr. —,—, Papierrente 77,30, do. Goldrente 93,90, Marknoten 58,12½, Napoleons 9,41, Bankverein —,—, Elbthal 249,25, ungar. Papierrente 90,50, 4prozent. ungar. Goldrente 90,00, 6proz. ungar. Goldrente 119,65. Still.

Paris, 28. November. (Schluß-Course.) Ruhig.

3proz. amortisirb. Rente 85,85, 3proz. Rente 85,30, Anleihe de 1872 115,35, Italien. 5proz. Rente 89,15, Oesterreich. Goldrente 80⅛, 6prozent. ungar. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 77⅞. 5proz. Russen de 1877 92⅝, Franzosen 692,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 320,00, Lomb. Prioritäten 281,00, Türken de 1865 13,40, Türkenloose 52,75. III. Orientanleihe 60¼.

Credit mobilier 717,00, Spanier exter. 29½, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 729,00, Societe gen. —,—, Credit foncier 1705,00, Egypter 360,00, Banque de Paris 1220,00, Banque d'escompte 857,00, Banque hypothecaire —,—, III. Orientanleihe 60¼. Londoner Wechsel 25,22, 5proz. Rumänische Anleihe —,—.

London, 28. Novbr. Ruhig. Consols 100⅝, Ital. 5proz. Rente 88⅝, Lombard. 12¾, 3proz Lombarden alte 11¼, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 89¼, 5proz. Russen de 1872 88¾, 5proz. Russen de 1873 91¼, 5proz. Türken de 1865 13⅜, 3½proz. fundirte Amerikaner 105¼. Oesterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 77⅛, Oesterr. Goldrente 79⅞. Spanier 29⅝, Egypter 71⅝, 4proz. preuß. Consols 100½. 4proz. bair. Anleihe —.

4prozent. ungar. Goldrente 77⅛, Silber 51⅜.

Aus der Bank flossen heute 70,000 Pfd. Sterl.

Platzdiscont 4½ pCt.

Florenz, 28. November. 5pCt. Italien. Rente 91,42, Gold 20,51.

Petersburg, 28. November. Wechsel auf London 25 9/16, II. Orient-Anleihe 89¾. III. Orientanleihe 89⅞.

Produkten-Course.

Köln, 28. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 25,00, fremder loco 24,00, per November 23,30, pr. März 22,90, per Mai 22,85. Roggen loco 21,50. per November 19,25, pr. März 17,55, per Mai 17,25, Hafer loco 17,00. Rüböl loco 31,00, pr. Novmbr. —,— per Mai 29,60.

Bremen, 28. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Fester. Standard white loko 7,25, per Dezember 7,25 G., per Januar 7,45, per Februar 7, 55, per März 7,60, per August-Dezember 8, 20 B. Alles Brief.

Hamburg, 28. November. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine still. Weizen per Nov.-Dez. 231,00 Br., 230,00 Gd., per April-Mai 228,00 Br., 227,00 Gd. Roggen per November-Dezember 181,00 Br., 180,00 Gd., per April-Mai 168,00 Br., 167,00 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. — Rüböl ruhig, loko 58,00, per Mai 58,50. — Spiritus ruhig, per November 44⅛ Br. per Dezember-Januar 43¾ Br., per Januar-Februar 43¾ Br., April-Mai 43¼ Br. — Kaffee matt, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 7,40 Br., 7,30 Gd., per November 7,30 Gd., per Dezember 7,35 Gd. — Wetter: Schön.

Pest, 28. November. (Produktenmarkt.) Weizen loko und auf Termine flau, per Frühjahr 11,97 Gd., 12,00 Br. — Hafer per Frühjahr 8,23 Gd., 8,25 Br. — Mais per Mai-Juni 7,98 Gd., 8,30 Br. Kohlraps per August-September —.

Paris, 28. November. Rohzucker 88° loco ruhig, 56,25 a 56,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Nov. 64,75, per Dezember 65,00, pr. Januar-April 66,50.

Paris, 28. Novbr. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per November 30,80, per Dezember 30,75, per Januar-April 30,75, per März-Juni 30,90. — Roggen behpt., per November 23,00, per März-Juni 22,25. — Mehl 9 Marques fest, per November 64,00, per Dezember 64,25, per Januar-April 65,00, per März-Juni 65,50. — Rüböl fest, per Nov. 81,50, per Dezember 82,25, per Januar-April 78,75, per März-Juni 77,00. — Spiritus matt, per Nov. 61,50, per Dezember 61,50, per Januar-April 62,75, per Mai-August 63,75. Wetter: Veränderlich.

London, 28. November. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen. Wetter: Schön.

London, 28. November. Havannazucker Nr. 12 25. Träge.

London, 28. November. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 19. bis 25. Novbr.: Englischer Weizen 6532, fremder 54,429, engl. Gerste 3396, fremde 5907, engl. Malzgerste 18,343, fremde 75, engl. Hafer 4699, fremder 38,577 Qrts. Englisches Mehl 16,266 fremdes 12,025 Sack.

London, 28. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremder Weizen größtentheils ½—1, Mehl aus der Provinz ½, Mais und Hafer ¼ sh. billiger, Malzgerste fest.

Glasgow, 28. November. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 51 sh. 4 d.

Liverpool, 28. November. (Getreidemarkt.) Weizen 1—2, Mais ½ d. theurer. Mehl matt. — Wetter: Naß.

Liverpool, 28. November. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 7000 Ballen, davon 5000 B. amerikanische. Middl. amerikanische November-Dezember-Lieferung 6 9/16 d.

Liverpool, 28. Novbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12000 Ballen. davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surats stetig. Middl. amerikanische November-Dezember-Lieferung 6 17/32, Januar-Februar-Lieferung 6 11/16 d.

Amsterdam, 28. November. Bancazinn 64.

Amsterdam, 28. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per November —, per März 310. Roggen loco niedriger, auf Termine flauer, per März 203, pr. Mai 194. Raps pr. Frühjahr —, Herbst 1882 —. Rüböl loco 33¼, pr. Herbst 32¾, pr. Frühjahr 34⅜.

Antwerpen, 28 November. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen ruhig. Hafer still. Gerste behauptet.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. November. Wind: SSW. Wetter: Prachtvoll.

Weizen per 1000 Kilo loko 215—245 M. nach Qualität gefordert, fein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn November 240—241 bez., per November-Dez. 223—223¾—223¼ bez., per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar — M. bez., per Februar-März — Mark bezahlt, per Juni-Juli — M. bez., per April-Mai 223—223½—223 bez., per Januar-Februar — Mark bezahlt. Gekündigt 11,000 Zentner. Regulirungspreis 240 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 186—193 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 187—190½ ab Bahn bezahlt, hochfeiner 191—191½ M. ab B. bez., klammer — M. ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. K. bezahlt, feiner — M. ab Bahn bez, defekter — M. ab Bahn bezahlt, per November 191½ bis 193½ bezahlt, per November-Dezember 184—185 bezahlt, per Dezember-Januar 181--182 bezahlt, per Januar-Februar — Mark. per April-Mai 171½—172 bezahlt, per Mai-Juni 168½—169 bezahlt, Gekündigt 3000 Zentner. Regulirungspreis 193 Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 147—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 140—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 142 bis 148 bezahlt, ost- und westpreußischer 148—157 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 152—156 bezahlt, schlesischer 152—158 bez., böhmischer 152—158 bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per November 148 bez. Br., per November-Dezember 146 bezahlt, per Dezmbr.-Jan. —Br., per April-Mai 148½ bez. u. Br., per Mai-Juni 150 Br. Gekündigt — Zentnr. — Regulirungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 175—215 M., Futterwaare 176 bis 174 M. — Mais per 1000 Kilo loko 148—154 nach Qualität gefordert, per November 147½ M., per November-Dezember 147 Mark per April-Mai 140 Mark, per Mai-Juni 138 Mark. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,50—31,00 Mark, 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 27,00 bis 26,00 Mark, 0/1: 26,50—24,50 bez., per November 25,15—25,30 bez., per November-Dezember 24,70—24,80 bezahlt, per Dezember-Januar 24,45—24,50 bez., per Januar-Februar 24,30—24,35 bezahlt, Febr.-März 24,15—24,20 bez., April-Mai 23,50—23,60 bez., per Mai-Juni 23,10—23,20 bez., Juni-Juli — bez. Gekündigt 3000 Ztr. Regulirungspreis 25,20 M. — Oelsaat 1000 Kilo Winterraps — M.. Winterrübsen — Mark. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,0 M., mit Faß 55,3 M., per November 55,6 bezahlt, per November-Dezember 55,6 bezahlt, per Dezember-Januar 55,8 bezahlt, per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 57,2—57,3 bez., per Mai-Juni 57,5 Mark. Gekündigt 4100 Ztnr. Regulirungspreis 55,6 M. — Leinöl 100 Kilo loko — M. — Petroleum per 100 Kilo loko 24,5 M., per November 24,1 bezahlt, per November-Dezember 24,1 bezahlt, per Dezember-Januar 24,1 bez., per Januar-Februar 24,6 bez., per Februar-März — bezahlt, per April-Mai — Mark, per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt — Zentnr. Regulirungspreis —,— Mark — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 50,7—50,5 bez., per November 53,7—52,1 bezahlt, per November-Dezember 51,0—50,7 bezahlt, per Dezember-Januar 50,8—50,6 bezahlt, per Januar-Februar — Mark bezahlt, per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 51,8 bis 51,5—51,6 bez, per Mai-Juni 52,0—51,7—51,8 bez, per Juni-Juli — bezahlt. Gekündigt 200,000 Liter. Regulirungspreis — M.

(B. B.-Z.)

Bromberg, 28. November. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen unveränd., hochbunt und glasig 220—226 M., hellbunt 200—218 Mark. — Roggen unverändert, loko inländischer 175—178 Mark, geringere Qualität —,— Mark. — Gerste feine Brauwaare 150—160 Mark, große und kleine Müllergerste 145—150 Mark — Hafer loko 150—160 M. — Erbsen Kochwaare 175—190 M., Futterwaare 170—175 Mark. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 48,25—48,[illegible] Mark. — Rubelkours 216,50 Mark.

Breslau, 28. November. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen: (per 2000 Pfd.) laufender Monat niedriger. Gk. 2000 Ctr. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —, per Nov. 181—179—180 bez., per Nov.-Dez. 170 bez., per Dezemb.-Jan. 170 Br., per April-Mai 169,00 bez. —,— — Weizen: Gekündigt — Centner, per November 226 Br., —,— Gd. — Petroleum per 100 Kilogramm loko u. per November [illegible] Br., —,— Gd. — Hafer Gekündigt — Centner, per November 14[illegible] Br., per November-Dezember 140,50 Br., per April-Mai 142,00 Br. — Raps Gekündigt — Centner, per November 265 Br., 264 Gd. — Rüböl still. Gekündigt — Centner, loko 56,50 Br., per November 55,50 Br., —,— Gd., per November-Dezember 55,25 Br., —,— Gd., per Dezember-Januar 55,25 Br., — Gd., per April-Mai 55,25 Br. und Gd. — Spiritus matter. Gekündigt 20,000 Liter. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —,—, per November 48,70—90 bez. — per November-Dezember 48,70—80 bez. u. Gd., — per Dezember-Januar 49,00 Gd., per Januar-Februar —,— Gd., per Februar-März —, März-April —, per April-Mai 50,00 bez., per Mai-Juni 50,50 Br., per Juni-Juli 51,20 Gd. — Zink fest, ohne Umsatz.

Die Börsen-Commission.

Berlin, 28. November. Die Börse eröffnete zwar in fester Haltung, doch nicht in so animirter Stimmung, wie man dies wohl hätte voraussetzen können. Die Herabsetzung des offiziellen Diskontsatzes, die um so wichtiger ist, als sie unmittelbar vor der Ultimo-Liquidation beschlossen wurde, blieb also eigentlich ganz ohne Einfluß auf die Verkehrs-Entwickelung. Die Liquidation ist im Uebrigen so gut wie beendet und besondere Anforderungen sind von dieser Seite nicht an den Geldmarkt gestellt worden. Daher verfolgte denn auch heute wieder der Geldpreis im Allgemeinen weichende Richtung. Der Umfang der geschäftlichen Thätigkeit blieb sehr eng begrenzt und die Kurse unterlagen nur ganz geringfügigen Schwankungen, konnten sich aber nicht nur gut auf ihrem bisherigen Stande behaupten, sondern zum Theil auch noch kleinere Avancen erzielen. Die internationalen Spekulations-Papiere waren abhängig von den Wiener Kursmeldungen, für österreichische Bahnaktien zeigte sich eine sehr günstige Meinung und waren namentlich Dux-Bodenbacher und österreichische Nordwestbahn beliebt. Von einheimischen Bahnaktien zeichneten sich nur wenige Devisen durch Festigkeit und einigermaßen lebhafteren Verkehr aus. Ganz besonders waren Anhalter beliebt, Oberschlesische wurden rege umgesetzt, Bank-Aktien blieben vollständig vernachlässigt, und ebenso war das Geschäft in sämmtlichen Industrie-Papieren und Montanwerthen sehr still. Anlage-Effekten blieben fast ganz geschäftslos. — Per Ultimo notiren: Franzosen 552—555,50, Lombarden 258,50—261,50—259,50—260, Kreditaktien 624,50—624—624,50, Wiener Bank-Verein 239, Darmstädter Bank 166,90—167,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 220,00 bis 220,40—220,75, Deutsche Bank 160,90, Kaffe, junge 150,50, Dortmunder Union 102,50—102,80, Laurahütte 124,70—125. Der Schluß war fest. — Diskonten 4⅝—4½, Reports 6 pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 28. November 1881.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Cons. Anl.	4½	105,50 bz
do. neue 1876	4	100,60 bzB
Staats-Anleihe	4	100,50 bzG
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 B
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4	99,90 bz
do. do.	3½	95,70 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,70 G
do.	4½	103,90 bzB
Landsch. Central	4	100,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do neue	3½	90,50 bz
do.	4	100,40 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,50 G
do.	4	100,00 B
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,40 G
do.	4	100,30 bz
do. I. B.	4	99,60 G
do. II. Serie	4½	102,80 G
Neuldsch. II. Serie	4	99,50 bzG
do. do.	4½	103,50 B
Posensche, neue	4	100,00 bzG
Sächsische	4	100,50 G
Pommersche	3½	89,90 bz
do.	4	100,40 bz
do.	4½	101,20 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,40 bz
Pommersche	4	100,10 G
Posensche	4	100,10 G
Preußische	4	100,00 G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,50 bzB
Sächsische	4	100,20 bz
Schlesische	4	100,40 G

20-Frankstück.	16,21 G
do. 500 Gr.	
Dollars	
Imperials	16,68 G
do. 500 Gr.	13,93 bz
Engl. Banknoten	20,39 bz
do. einlösb. Leipz.	
Französ. Banknot.	80,80 bz
Oesterr. Banknot.	172,20 bz
do. Silbergulden	
Russ. Noten 100 Rbl	216,60 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,50 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	313,80 bzG
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,90 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	212,50 bzG
Bair. Präm.-Anl.	4	135,10 G
Braunsch. 20 thl.-L.	—	101,00 G
Brem. Anl. v. 1874	4	100,60 B
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	130,50 bzG
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 B
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,30 G
do. II Abth.	5	118,75 G
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	189,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,60 B
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	93,75 bz
Meininger Loose	—	27,40 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	121,25 bz
Oldenburger Loose	3	150,50 bz
D.-G.-C.-B-Pf. 110	4½	104,20 bz
do. do.	5	108,30 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,50 G
do. do.	4½	102,00 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,10 bz
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	106,60 G
do. II. IV. 110	5	104,30 bzG
Pomm. III. rkz. 100	5	100,60 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	115,00 bzG
do. do. 115	4½	107,75 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,10 bzB
do. do. rückz. 100	4½	102,80 G
do (1872 u. 74)	4	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	105,75 bzG
do. II. rckz. 100	5	100,20 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	103,10 bz
do. do.	4½	105,50 bzG
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,25 B
do. do.	4½	103,25 bzG
Kruppsche Obligat.	5	109,75 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	125,00 G
Oesterr. Goldrente	4	80,70 bz
do. Pap.-Rente	4½	66,30 bz
do. Silber-Rente	4½	66,75 bzB
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	123,30 bzG
do. do. v. 1864	—	335,00 bzG
Ungar. Goldrente	6	102,70 bz
do. St.-Eisb. Akt.	5	95,60 bz
do. Loose	—	237,50 bz
Italienische Rente	5	87,70 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	51,00 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	76,50 B
do. Boden-Credit	5	85,40 bz
do Engl. A. 1822	5	89,25 B
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	89,60 bz
do. do. 1872	5	89,60 bz
do. do. 1875	4½	
do. do. 1877	5	92,30 bzB
do. do. 1880	4	74,00 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	148,90 B
do. do. v. 1866	5	145,30 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	86,40 B
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,60 G
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,00 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	56,30 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,50 B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 2 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	171,90 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	170,90 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	215,25 bz
do. 100 R. 3 M.	212,40 bz
Warschau 100 R. 8 T.	216,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5½, für Lombard 6½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	115,50 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	39,25 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	67,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	123,90 bzG
do. Kassen-Verein.	4	207,75 bzG
Breslauer Disk.-Bk.	4	100,60 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	90,00 G
Cöln. Wechslerbank	4	96,75 B
Danziger Privatb.	4	
Darmstädter Bank	4	167,30 bz
do. Zettelbank	4	110,60 G
Dessauer Creditb.	4	97,50 B
do. Landesbank	4	121,10 B
Deutsche Bank	4	160,90 bz
do. Genossensch.	4	132,50 bzG
do. Hyp.-Bank.	4	90,00 G
do. Reichsbank.	4½	150,30 bz
Disconto-Comm.	4	220,70 bz
Geraer Bank	4	93,75 G
do. Handelsb.	4	94,25 G
Gothaer Privatbk.	4	116,00 B
do. Grundkredb.	4	97,75 B
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	98,25 G
Leipziger Creditb.	4	159,75 bz
do. Discontob.	4	117,00 B
Magdeb. Privatb.	4	116,50 G
Mecklb. Bodencred.	4	61,00 B
do. Hypoth.-B.	fr.	96,60 bz
Meining. Creditbk.	4	101,90 bzB
do. Hypothekenbk.	4	94,00 bz
Niederlausitzer Bank	4	97,00 G
Norddeutsche Bank	4	188,25 bzG
Nordd. Grundkredit	4	50,00 bzB
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	103,70 bz
Posen. Landwirthsch	4	79,00 G
Posener Prov.-Bank		127,00 B
Posener Spritaktien	4	58,25 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	111,50 bzG
do. Centralbdn.	4	124,00 bzG
do. Hyp.-Spielh.	4	95,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	76,00 G
Sächsische Bank	4	125,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,30 bzG
Schles. Bankverein	4	112,25 G
Südd. Bodenkredit	4	142,75 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	195,00 bzG
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	58,90 bz
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Drsch. Sraut- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	60,10 bzG
Dortmunder Union	4	16,10 G
Egells Masch.-Akt.	4	26,75 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	28,50 bz
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	77,25 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	134,10 bzG
Georg-Marienhütte	4	95,75 bz
Hibernia u. Shamr.	4	95,70 bz
Immobilien (Berl.)	4	83,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	94,00 B
Lauchhammer	4	27,50 G
Laurahütte	4	125,10 B
Luise Tiefb.-Bergw.	4	50,00 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	119,00 B
Marienhüt. Bergw.	4	
Menden u. Schw. B.	4	70,00 bz
Oberschl. Eis.-Bed.	4	42,70 bzG
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	84,50 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	42,00 G
Redenhütte cons.	4	106,60 bz
Rhein.-Nass. Bergw.	4	73,60 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	26,25 bzG
Unter den Linden	4	8,60 bzG
Wöhlert Maschinen	4	16,50 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	46,70 bzB
Altona-Kiel	4	189,75 bzG
Bergisch-Märkische	4	123,25 bz
Berlin-Anhalt	4	139,75 bzG
Berlin-Dresden	4	16,75 bzG
Berlin-Görlitz	4	31,75 bzG
Berlin-Hamburg	4	294,00 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	99,20 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	17,75 bzB
Märkisch-Posener	4	32,80 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	27,90 B
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	244,00 bz
do. Lit. B.	3½	194,10 G
Ostpreuß. Südbahn	4	58,90 bzB
Rechte Oderuferb.	4	165,10 bzG
Rhein-Nahebahn	4	15,10 bz
Stargard-Posen	4½	102,90 bz
Thüringische	4	214,00 bzB
do. Lit. B. v. St. gar	4	100,10 bzG
do. Lit. C. v. St. gar	4½	110,60 G
Ludwigsh.-Berbach	4	205,75 G
Mainz-Ludwigsh.	4	98,00 bzG
Weimar-Geraer	4½	50,90 bz

Albrechtsbahn	5	37,00 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	142,00 bz
Aussig-Teplitz	4	
Böhm. Westbahn	5	134,75 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	143,50 bz
Elisabeth-Westbahn	5	92,75 bzG
Kais. Franz Joseph	5	83,40 G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	131,75 bz
Gotthard-Bahn 90%	6	74,90 G
Kaschau-Oderberg	4	63,00 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,10 G
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	393,50 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	70,60 G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	72,00 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	61,10 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	134,80 bz
do. Südwestbahn	5	64,40 bz
Schweizer Unionb.	4	45,50 G
Schweizer Westbahn	4	35,50 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	129,40 bz
Warschau-Wien	4	240,00 bzG

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	44,00 bzG
Berlin-Görlitzer	5	95,60 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	79,90 bz
Märkisch-Posen	5	114,90 bzG
Marienb.-Mlawka	5	103,60 bzG
Münster-Enschede	5	22,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	97,00 B
Oberlausitzer	5	50,00 bzG
Oels-Gnesen	5	48,80 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,00 bzG
Posen-Creuzburg	5	68,50 G
Rechte Oderuf.-Bahn	5	161,60 bzG
Rumänische	8	
Saalbahn	5	69,50 bzG
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	77,25 G
Weimar-Geraer	5	33,90 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,25 bzG
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,00 B
do. C. do. abg.	5	125,00 bzG
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,50 B
Rhein. St.-A. abg.	6½	161,90 bz
do. neue 4 proc.	5	158,70 bz
do. Lit. B. gar.	4	100,40 B

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	99,90 G
do. do. II.	5	99,90 G
do. do. III.	5	99,90 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,30 G
do. do. Litt. B.	3½	93,30 G
do. do. Litt. C.	3½	93,30 G
do. IV.	4½	102,70 G
do. V.	4½	102,70 G
do VI.	4½	103,10 G
do. VII.	4½	102,75 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	102,50 G
do. Nordh. Fr. W.	4½	
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4½	102,60 G
do. B.	4½	102,60 G
do. Litt. C.	4½	102,60 G
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	102,10 G
Berlin-Hamburg I.	4	100,50 B
do. do. II	4	100,50 B
do. do. III.	4½	103,10 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	100,30 G
do. do. D.	4½	103,80 bz
do. do. E.	4½	102,70 bzB
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,50 G
do. do. III.	4	100,50 G
do. IV. v. St. g.	4	100,50 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	102,40 bz
do. do. Litt. H.	4½	102,40 bz
do. do. Litt. I.	4½	102,40 bz
do. do. 1876	5	105,80 G
Cöln-Minden IV.	4	100,30 G
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	103,60 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,70 bz
do. do. C.	4½	103,70 bz
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,50 G
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,25 bz
do. do.	5	105,40 bz
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,70 bz
do. do. de 1873	4½	102,70 bz
do. Leipz. A.	4½	104,50 bzG
do. do. B.	4	100,50 bzB
do. Wittenberge	4½	101,75 G
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	100,10 G
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	100,10 G
do. do. III conv.	4	100,50 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	93,75 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4½	103,90 B
Oberschles. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	104,10 G
Brieg-Neisse	4½	102,00 bz
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,00 bzB
Rheinische	4	100,00 B
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,70 bz
do. v. 1862, 64	4½	
do. v. 1865	4½	
do. 1869, 71, 73	4½	102,70 bz
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	104,00 B
do. II. do.	4½	104,00 B
Schleswiger	4½	101,75 B
Thüringer I.	4	100,00 G
do. II.	4½	
do. III.	4	100,25 G
do. IV.	4½	102,50 G
do. V.	4½	
do. VI.	4½	102,50 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,50 bzB
Gal. Karl-Ludwig I.	5	94,00 G
do. do. II.	5	94,00 G
do. do. III.	5	94,00 G
do. do. IV.	5	94,00 G
Lemberg-Czernow. I	5	81,10 B
do. II.	5	85,60 B
do. III.	5	81,60 G
do. IV.	5	81,25 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	47,80 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	379,75 bzG
do. Ergänzsb.	3	360,75 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,30 G
do. II. Em.	5	104,30 G
Oesterr. Nordwest.	5	88,10 G
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	86,70 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	81,60 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,25 bz
do. do. 1869	5	84,10 bzG
do. do. 1872	5	83,80 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	94,90 G
Reichenb.-Pardubitz	5	84,40 bzG
Südösterr. (Lomb.)	3	280,80 bz
do. do. neue	3	280,10 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,00 bzG
Brest-Grajewo	5	92,00 bz
Charkow-Asow g.	5	97,00 bzB
do. in Lstr. a 20	5	92,25 G
Chark.-Krementsch.	5	95,50 bzG
Jelez-Orel, gar.	5	95,40 bz
Koslow-Woron. gar	5	99,40 G
Koslow-Woron. Ob.	5	86,70 G
Kursk-Chark. gar.	5	95,50 bz
K.-Chark-Af. (Obl.)	5	86,60 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	100,10 G
Losowo-Sewast.	5	83,60 B
Mosko-Rjäsan, g.	5	102,75 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	97,40 bzG
Schuja-Jvanow.	5	95,10 bzG
Warsch.-Teresp., g.	5	98,00 bzG
do. kleine, g.	5	98,25 B
Warschau-Wien II.	5	103,50 bzG
do. III.	5	102,50 bz
do. IV.	5	101,75 bz
Zarskoe-Selo	5	71,60 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. (E. Röstel) in Posen.